



# Abgeordnetenhaus **BERLIN**

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

## Plenarprotokoll

### 35. Sitzung

Donnerstag, 21. September 2023

Inhalt .....	Seite	Inhalt .....	Seite
<b>Mitteilungen der Präsidentin und Geschäftliches</b> .....	3025	<b>Farbanschlag Brandenburger Tor</b> .....	3041
<b>Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde</b> .....	3025	Lucas Schaal (CDU) .....	3041
<b>1 Aktuelle Stunde</b> .....	3025	Regierender Bürgermeister Kai Wegner ...	3041
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Lucas Schaal (CDU) .....	3042
<b>Drohende Zwangsbewirtschaftung des Wohnungsmarktes wie unter Honecker? Den Sozialismus in seinem Lauf aufhalten!</b> .....	3025	Bürgermeister Stefan Evers .....	3042
(auf Antrag der AfD-Fraktion)		Vasili Franco (GRÜNE) .....	3043
Harald Laatsch (AfD) .....	3026	Regierender Bürgermeister Kai Wegner ...	3043
Christian Gräff (CDU) .....	3027	<b>Maßnahmen nach Sicherheitsgipfel zu Görlitzer Park und Leopoldplatz</b> .....	3043
Katrin Schmidberger (GRÜNE) .....	3030	Martin Matz (SPD) .....	3043
Sevim Aydin (SPD) .....	3032	Senatorin Iris Spranger .....	3044
Niklas Schenker (LINKE) .....	3034	Martin Matz (SPD) .....	3044
Senator Christian Gaebler .....	3036	Senatorin Iris Spranger .....	3044
<b>Persönliche Bemerkung gemäß § 65 GO Abghs</b>		Elif Eralp (LINKE) .....	3045
Sebastian Scheel (LINKE) .....	3040	Senatorin Iris Spranger .....	3045
Senator Christian Gaebler .....	3040	<b>Besetzung Leitung der Abteilung Mobilität SenMVKU</b> .....	3046
<b>Antrag zur Geschäftsordnung</b> .....	3041	Antje Kapek (GRÜNE) .....	3046
Steffen Zillich (LINKE) .....	3041	Senatorin Manja Schreiner .....	3046
<b>2 Fragestunde</b> .....	3041	Antje Kapek (GRÜNE) .....	3047
gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Senatorin Manja Schreiner .....	3047
		Kristian Ronneburg (LINKE) .....	3047
		Senatorin Manja Schreiner .....	3048
		<b>Standards Unterbringung Geflüchtete</b> .....	3048
		Elif Eralp (LINKE) .....	3048
		Senatorin Cansel Kiziltepe .....	3048
		Elif Eralp (LINKE) .....	3049
		Senatorin Cansel Kiziltepe .....	3049
		Katina Schubert (LINKE) .....	3049
		Senatorin Cansel Kiziltepe .....	3049
		<b>Straftat von ausreisepflichtigen Tätern</b> .....	3050
		Karsten Woldeit (AfD) .....	3050

<b>11</b>	<b>Gesetz über die Abschaffung der Prüfungen zum mittleren Schulabschluss am Gymnasium</b> ..... 3097 Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie vom 31. August 2023 Drucksache <a href="#">19/1162</a> zur Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache <a href="#">19/1131</a> Zweite Lesung Ergebnis ..... 3097	<b>26</b>	<b>MSA-Abschluss an Gymnasien durch Versetzung in die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe</b> ..... 3098 Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie vom 31. August 2023 Drucksache <a href="#">19/1161</a> zum Antrag der AfD-Fraktion Drucksache <a href="#">19/0012</a> Zweite Lesung Ergebnis ..... 3098
<b>12</b>	<b>Gesetz zur Änderung des Disziplinalgesetzes</b> ..... 3097 Dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 13. September 2023 Drucksache <a href="#">19/1182</a> zur Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache <a href="#">19/1124</a> Zweite Lesung Ergebnis ..... 3097	<b>15</b>	<b>Gesetz zur Einführung der Verpackungssteuer im Land Berlin</b> ..... 3098 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache <a href="#">19/1109</a> Erste Lesung Julia Schneider (GRÜNE) ..... 3098 Danny Freymark (CDU) ..... 3099 Julia Schneider (GRÜNE) ..... 3100 Danny Freymark (CDU) ..... 3100 Katalin Gennburg (LINKE) ..... 3101 Julia Schneider (GRÜNE) ..... 3101 Katalin Gennburg (LINKE) ..... 3101 Linda Vierecke (SPD) ..... 3102 Alexander Bertram (AfD) ..... 3102 Ergebnis ..... 3103
<b>12 A</b>	<b>a) Zweites Gesetz zur Änderung des Berliner Mobilitätsgesetzes</b> ..... 3098 Beschlussempfehlung des Ausschusses für Mobilität und Verkehr vom 6. September 2023 und dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 20. September 2023 Drucksache <a href="#">19/1188</a> zur Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache <a href="#">19/1074</a> Zweite Lesung <b>b) Gesetzentwurf zur Änderung des Berliner Mobilitätsgesetzes und des Berliner Straßengesetzes</b> ..... 3098 Beschlussempfehlung des Ausschusses für Mobilität und Verkehr vom 6. September 2023 und dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 20. September 2023 Drucksache <a href="#">19/1191</a> zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke Drucksache <a href="#">19/0983</a> Zweite Lesung Ergebnis ..... 3098	<b>16</b>	<b>Drittes Gesetz zur Änderung des Übernachtungsteuergesetzes</b> ..... 3103 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke Drucksache <a href="#">19/1163</a> Erste Lesung Ergebnis ..... 3103
		<b>17</b>	<b>a) Verfassungsgemäße Überarbeitung des sogenannten „Neutralitätsgesetzes“</b> ..... 3103 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache <a href="#">19/1164</a> Erste Lesung <b>b) Gesetz zur Änderung des Neutralitätsgesetzes – Neutralitätsgesetz verfassungskonform anpassen und Diskriminierung von Hijab tragenden Frauen beenden</b> ..... 3103 Antrag der Fraktion Die Linke Drucksache <a href="#">19/1167</a> Erste Lesung Sven Rissmann (CDU) ..... 3103 Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE) ..... 3105

Elif Eralp (LINKE) .....	3106	<b>23 Drehkreuz BER – Filmproduktionen am Hauptstadtflughafen ermöglichen .....</b>	3112
Torsten Schneider (SPD) .....	3107	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien vom 14. Juni 2023 und Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 30. August 2023 Drucksache <a href="#">19/1149</a>	
Marc Vallendar (AfD) .....	3108	zum Antrag der AfD-Fraktion Drucksache <a href="#">19/0912</a>	
Ergebnis .....	3109	Ergebnis .....	3112
<b>19 Wahl von zwölf Personen zu Mitgliedern sowie Wahl von zwölf weiteren Personen zu stellvertretenden Mitgliedern des Kuratoriums des Lette-Vereins – Stiftung des öffentlichen Rechts .....</b>	3110	<b>25 Ortsumfahrung Ahrensfelde – bürgerfreundliche und kostengünstigere Lösung Kemberger Straße endlich auf den Weg bringen! .....</b>	3112
Wahl		Beschlussempfehlung des Ausschusses für Mobilität und Verkehr vom 6. September 2023 Drucksache <a href="#">19/1156</a>	
Drucksache <a href="#">19/1057</a>		zum Antrag der AfD-Fraktion Drucksache <a href="#">19/0065</a>	
Ergebnis .....	3110	Gunnar Lindemann (AfD) .....	3112
Beschlusstext .....	3130	Johannes Kraft (CDU) .....	3113
<b>20 Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Untersuchungsausschusses zur Untersuchung des Ermittlungsvorgehens im Zusammenhang mit der Aufklärung der im Zeitraum von 2009 bis 2021 erfolgten rechtsextremistischen Straftatenserie in Neukölln (UntA Neukölln II) .....</b>	3111	Antje Kapek (GRÜNE) .....	3114
Wahl		Tino Schopf (SPD) .....	3114
Drucksache <a href="#">19/0909</a>		Kristian Ronneburg (LINKE) .....	3115
Ergebnis .....	3111	Ergebnis .....	3116
<b>21 Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses zur Untersuchung des Ermittlungsvorgehens im Zusammenhang mit der Aufklärung der im Zeitraum von 2009 bis 2021 erfolgten rechtsextremistischen Straftatenserie in Neukölln (UntA Neukölln II) .....</b>	3111	<b>28 A Haushalts- und Vermögensrechnung von Berlin für das Haushaltsjahr 2020 .....</b>	3117
Wahl		Dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 20. September 2023 Drucksache <a href="#">19/1189</a>	
Drucksache <a href="#">19/0909</a>		zur Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache <a href="#">19/0147</a>	
Ergebnis .....	3111	Ergebnis .....	3117
<b>22 Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Richterwahlausschusses .....</b>	3111	Beschlusstext .....	3129
Wahl		<b>29 Zusammenstellung der vom Senat vorgelegten Rechtsverordnungen .....</b>	3117
Drucksache <a href="#">19/0945</a>		Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin Drucksache <a href="#">19/1180</a>	
Ergebnis .....	3116	Ergebnis .....	3117
Beschlusstext .....	3129		

**(Elif Eralp)**

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN –  
Zuruf von Jeannette Auricht (AfD)]

Das wurde übrigens auch vorgestern bei der Veranstaltung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes – „respekt\*land“ – sehr stark kritisiert; es wird auch bundesweit wahrgenommen, was hier passiert. Die einzige Begründung für das jahrelange Aufrechterhalten dieses Verbots ist doch die Annahme, dass eine Frau, nur weil sie ein Kopftuch trägt, indoktriniert,

[Zuruf von der CDU: Natürlich! Was denn sonst?]

und das ist eine rassistische Annahme, das ist Diskriminierung.

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN]

Für uns als Linke hingegen steht im Zentrum unseres Handelns immer die Selbstbestimmung der Frau und nicht die paternalistische Bevormundung, egal aus welcher Ecke sie kommt.

[Beifall von Sebastian Schlüsselburg (LINKE)]

Daher werden wir auch weiter an der Seite der betroffenen Frauen für die gesetzliche Abschaffung des Bekleidungsverbots und für gleiche Rechte für alle Berlinerinnen und Berliner kämpfen. – Danke!

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN –  
Zuruf von Burkard Dregger (CDU) –  
Anne Helm (LINKE): Was dürfen wir  
ihr denn ausrichten, Herr Dregger?]

**Vizepräsidentin Dr. Bahar Haghanipour:**

Vielen Dank! – Für die SPD-Fraktion spricht nun der Kollege Schneider.

**Torsten Schneider (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich höre in diesem Zusammenhang viel von einer sogenannten abendländischen Prägung und vermute fast, dass wir das gleich im Anschluss auch noch mal hören. Und deshalb möchte ich da eins klarstellen – das ist mir sehr wichtig, weil ich das vorhin auch gehört habe, die Wortwahl „die aus den islamischen Ländern“ oder so etwas im Zusammenhang mit der Wohnungsdebatte –: Das ist nach meiner Wahrnehmung – ich bin sehr sicher, nach der Wahrnehmung von vier Fraktionen hier im Raum – eine Entmenschlichung und ein generelles Inabredestellen einer Weltreligion, und da finden Sie keine Unterstützung in diesem Haus, unabhängig von der konkreten Debatte.

[Beifall bei der SPD, den GRÜNEN  
und der LINKEN –  
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Nun ist es natürlich in den Sektoren, in denen der Staat ein Monopol hat und wo es, im konkreten Fall bei der Schule, sogar eine verfassungsrechtliche Schulpflicht gibt und es um Kinder geht, klar, dass diese Debatte eine

emotionale Wucht hat und eine gründliche Abwägung erfordert. Die Faktenlage ist klar: Das Bundesverfassungsgericht hat im konkreten Urteil, auf das sich jetzt Linke und Grüne beziehen, nicht über das Berliner Neutralitätsgesetz entschieden. Insoweit ist es eine steile These, zu sagen, wir müssten hier die verfassungskonforme Richtigkeit herstellen.

[Elif Eralp (LINKE): Ihre Klage wurde abgelehnt –  
ohne Begründung!]

Das Bundesarbeitsgericht hat auch nicht dieses Gesetz verworfen, sondern hat es, übrigens anders als der Wissenschaftliche Parlamentsdienst dieses Hauses, für verfassungskonform und europarechtskonform auslegbar gehalten.

[Elif Eralp (LINKE): Über den Wortlaut hinweg!]

**Vizepräsidentin Dr. Bahar Haghanipour:**

Herr Kollege! Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Torsten Schneider (SPD):**

Ich gestatte keine Zwischenfrage!

**Vizepräsidentin Dr. Bahar Haghanipour:**

Keine Zwischenfrage.

**Torsten Schneider (SPD):**

Und nun ist es so, dass sich die Koalition in dieser Frage, wie in vielen anderen, einen, sagen wir mal, sehr großen Zeitraum genommen hat, um zu einer gründlichen Abwägung zu kommen. Anders als an manchen Stellen, wo wir vielleicht noch miteinander reden müssen, ob wir tatsächlich über eine Gesetzesänderung zwingend reden, gibt es hier nur einen Imperativ: Die Koalition wird das Neutralitätsgesetz im Lichte der aktuellen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesarbeitsgerichts rechtssicher, gerichtsfest ändern.

Das hat zwei klare Implikationen. Erstens: Die Koalition hält an dem Neutralitätsgesetz fest; das ist doch vollkommen logisch. Außerdem: Nach meiner Auffassung werden wir auch im Schulsektor nicht die ganzen §§ 2 und 3 abschaffen; so etwas ist nicht verabredet. Aber zweitens: Es wird eine Gesetzesnovelle geben und keine Entscheidung von welchem Schuldirektor auch immer. Das ist verabredet, und dahinter gehen wir auch nicht mehr zurück, weil wir es uns nicht einfach gemacht haben.

Ich stimme in einem Punkt zu: Wir können nicht die Schulen damit alleinlassen, wie jetzt der Umschwung von der abstrakten zur konkreten Gefahr gesetzlich auszugestalten ist.

**(Torsten Schneider)**

[Elif Eralp (LINKE): Es gibt keine konkrete Gefahr durch das Kopftuch!]

– Das habe ich auch gar nicht gesagt.

**Vizepräsidentin Dr. Bahar Haghanipour:**

Kommen Sie bitte zum Schluss!

**Torsten Schneider (SPD):**

Das Bundesverfassungsgericht hat anders, als Sie hier darstellen, nicht gesagt, es gebe gar keine Gefahr,

[Zuruf von Sebastian Schlüsselburg (LINKE)]

sondern es kann selbstverständlich auch die Untersagung religiöser Symbole geben, und zwar dann, wenn über das bloße Tragen hinaus – zum Beispiel bei, was weiß ich, diesem missionarischen Eifer – eine konkrete Gefahr für den Schulfrieden vorliegt.

**Vizepräsidentin Dr. Bahar Haghanipour:**

Herr Kollege! Kommen Sie bitte zum Schluss!

**Torsten Schneider (SPD):**

– Ich komme zum Schluss. – Und das ist in der Koalition – –

[Elif Eralp (LINKE): Das hat dann doch mit der Kleidung nichts zu tun!]

– Ich verstehe gar nicht, warum Sie andere Meinungen nicht zulassen wollen. – Das ist in der Koalition verabredet, und daran werden wir sorgfältig arbeiten. Es geht im Übrigen sehr minimalinvasiv, ohne zwei Paragraphen zu streichen. Man muss der Rechtsprechung nur Genüge tun, indem man das so umstellt. Ob man dann vielleicht Regelbeispiele bilden muss, um der Schule eine Handreichung an die Hand zu geben, das weiß ich noch nicht; dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Aber klar ist diese Verabredung. Sie ist uns gemeinsam –

**Vizepräsidentin Dr. Bahar Haghanipour:**

Ich bitte Sie zum dritten und letzten Mal, zum Schluss zu kommen, Herr Kollege!

**Torsten Schneider (SPD):**

– in einer gründlichen Abwägung so perpetuiert worden, und dahinter werden wir jetzt auch nicht zurückfallen und die Debatten noch mal neu führen.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

**Vizepräsidentin Dr. Bahar Haghanipour:**

Vielen Dank! – Für die AfD-Fraktion hat nun der Abgeordnete Vallendar das Wort.

[Ronald Gläser (AfD): Endlich die Wahrheit!]

**Marc Vallendar (AfD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Linke und Grüne schlagen also eine verfassungsgemäße Änderung des Berliner Neutralitätsgesetzes vor und machen es sich dabei besonders einfach. Sie streichen die bisher problematischen Abschnitte und ermöglichen Lehrkräften uneingeschränkt das Tragen religiöser Symbole, mit eingeschlossen das muslimische Kopftuch. Das ist aber keine Lösung für die zugrundeliegende Problematik.

Übrigens hat weder das Bundesverfassungsgericht noch das Bundesarbeitsgericht in seinen Entscheidungen die verfassungsrechtliche Zulässigkeit solcher Regelungen in Gänze verworfen, sondern nur in der konkreten Ausgestaltung. Von einer äußeren religiösen Bekundung einer Lehrkraft darf nicht nur eine abstrakte, sondern muss eine hinreichend konkrete Gefahr der Beeinträchtigung des Schulfriedens oder der staatlichen Neutralität ausgehen, um ein Verbot zu rechtfertigen.

Auch wenn man juristisch insofern kritisieren kann, dass der Rechtsbegriff des Schulfriedens zu unbestimmt ist und eine rechtliche Normierung durch den Gesetzgeber erschwert, so kann man zumindest daraus schließen, dass ein etwaiges verfassungskonformes Neutralitätsgesetz mit Ausnahmetatbeständen zu einem dann zulässigen Verbot führen könnte.

Als Berliner lohnt es sich auch, hin und wieder mal den Blick nach Bayern oder in andere Bundesländer zu richten. Im bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz ist zwar kein ausdrückliches Kopftuchverbot formuliert, wohl aber eine indirekte Antikopftuchbestimmung.

[Elif Eralp (LINKE): Da hängt auch das Kruzifix noch an der Wand!]

Religiöse Symbole sind unzulässig, sofern sie

... bei den Schülerinnen und Schülern oder den Eltern auch als Ausdruck einer Haltung verstanden werden können, die mit den verfassungsrechtlichen Grundwerten und Bildungszielen der Verfassung einschließlich den christlich-abendländischen Bildungs- und Kulturwerten nicht vereinbar ist.

Zitat Ende aus dieser Bestimmung. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hatte diese Formulierung auch für rechtens erklärt, und der Freistaat hält auch weiter daran fest, auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2015, und bisher ist dieses Gesetz auch noch im Bestand. Insofern könnte dieses Gesetz aus unserer Sicht auch eine Lösung für Berlin sein.

[Beifall bei der AfD –  
Zuruf von Torsten Schneider (SPD)]